

AKTUELL

BERUFSTÄTIGKEIT

Keine Hausmütter

Christiane Walerich

Bis in die 1950er Jahre war die Erwerbslosigkeit der Mutter Teil des bürgerlichen Familienideals. Welche Perspektiven Frauen heute nach der Geburt ihres ersten Kindes erwägen, stellte eine rezente Studie von Ceps Instead dar.

Nur rund fünf Prozent der berufstätigen Frauen wollen heutzutage nach der Geburt ihres ersten Kindes ihre berufliche Laufbahn an den Nagel hängen. So lautet eines der Ergebnisse der rezenten Ceps-Studie „Perspectives de carrière professionnelle des femmes après une naissance“, bei der berufstätige Frauen mit Kinderwunsch, die jünger als vierzig Jahre sind, befragt wurden.

Der Studie zufolge wollen praktisch alle Frauen nach der Geburt des ersten Kindes oder nach einem bean-

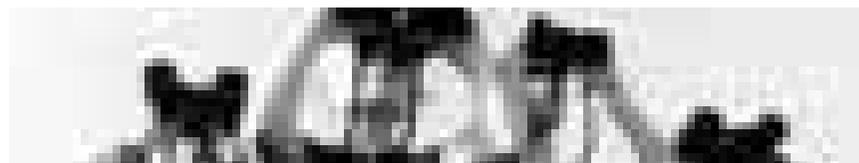
spruchten Elternurlaub ihre berufliche Aktivität wieder aufnehmen - wobei rund die Hälfte der befragten Frauen eine Halbtagsarbeit dem Vollzeitjob vorzieht. Diese Option steht jedoch nicht allen Frauen offen: Gerade angesichts der hohen Immobilien- und Lebensunterhaltskosten in Luxemburg ist es nach wie vor vielen Müttern unmöglich, die eigene Arbeitszeit zu reduzieren und dementsprechend ein geringeres Einkommen zu beziehen. So steigen viele Frauen - einerseits wegen der finanziellen Gründe, andererseits aber auch aus Interesse an ihrem Beruf - wieder komplett in die Vollzeitarbeit ein.

Der Frage, ob diese hohe Anzahl arbeitswilliger Mütter das Resultat eines radikalen gesellschaftlichen Mentalitätswandels in puncto Berufstätigkeit und Mutterschaft, oder doch eher

einer sozioökonomischen Notwendigkeit geschuldet ist, geht die Studie nicht auf den Grund. Von Bedeutung für diese Entwicklung ist jedoch sicher die Tatsache, dass sich die Anzahl der öffentlichen Betreuungsplätze für Kinder seit 1995 verdoppelt hat. Auch der Elternurlaub, der so genannte „congé parental“, den es seit 1999 in Luxemburg gibt, hat vielen Müttern einen Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert. So gaben rund zwei Drittel der befragten Frauen an, nach der Geburt ihres ersten Kindes einen Elternurlaub nehmen zu wollen: Rund 58 Prozent der Befragten zogen es vor, die ersten sechs Monate nach der Geburt überhaupt nicht zu arbeiten und sich das 2006 auf rund 1.780 Euro pro Monat bezifferte Elterngeld auszahlen zu lassen. Dagegen bevorzugten 42 Prozent das Modell der Teilzeitarbeit, wobei das so erwirtschaftete Gehalt während zwölf Monaten mit einem

monatlichen Elternzuschuss von rund 900 Euro aufge bessert wird.

Ein weiterer Aspekt, den die Ceps-Studie in ihrer Auswertung zur Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben nicht berücksichtigt, ist die Relevanz von familienfreundlichen Arbeitszeiten. Gerade diese Balance zwischen den verschiedenen Lebensbereichen zu ermöglichen, gilt als eine wichtige gesellschaftspolitische Herausforderung und ist auch das Thema länderübergreifender, vergleichender Studien wie etwa jene der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Ihr zufolge bedingt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur eine höhere Beschäftigungsrate und ein sichereres Familieneinkommen, sondern auch die Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Förderung der kindlichen Entwicklung.



ROBERT GOEBBELS

Polemisch und unkorrekt

Richard Graf

Der Vize-Präsident der sozialistischen Fraktion im Europaparlament und ehemalige Luxemburger Minister scheint nach zehn Jahren Exil in Strassburg und Brüssel seine Rückkehr in die heimische Politik zu planen.

Stolz verkündete die „Revue“ diese Woche, den einstigen Journal- und Tagblatt-Journalisten Robert Goebbels als politischen Kolumnisten gewonnen zu haben. Das Wochenmagazin präsentiert deshalb zum Jahresanfang den ehemaligen Wirtschafts- und Bautenminister in einem Porträt, das unter anderem auf Goebbels' politische Erfolge eingeht. Genannt werden „Campus Geesseknäppchen“ und die „Coque“ auf Kirchberg - unerwähnt bleiben dagegen die Nordstraße oder der Unglücks-Rondpoint Glück - beides Projekte, die der streitbare Minister ungeachtet aller Kritik seinerzeit durchgeboxt hat.

Kurz vor den Weihnachtsferien hatte Goebbels in Luxemburg seine

Streitschrift „Politisch unkorrekt“ vorgestellt. Die wird zwar als „cahiers socialistes européens“ von der luxemburgischen Delegation des „Groupe socialiste au Parlement Européen“ (PSE) herausgegeben, doch richtet sich das 22-seitige Heft eigentlich an die „luxemburgische Politikklasse“, die aufgehört habe „fortschrittlich zu sein“. Der Autor gibt darin an, der Rückzug aus dem politischen Tagesgeschäft habe ihm Distanz verschafft, „Distanz zu den oft sterilen Sandkastenspielen in der nationalen Abgeordneten-kammer: Gehört der Hund an die Leine, der Löwe auf die Fahne, der Hirsch in den Wald?“. Wer geglaubt hat, es Folge eine Abrechnung mit der eigenen Partei oder dem übermächtigen Koalitionspartner, der dürfte allerdings enttäuscht sein. Denn der goebbelssche Rundumschlag gilt - und das ist auch nach einem Jahrzehnt Politexil im EU-Parlament nun wahrlich nichts Neues - den von Goebbels ausgemachten GegnerInnen des Fortschritts: den Bewahrern. „Nicht

Fortschritt ist gefragt, sondern Bewahrung, Schutz: Klimaschutz, Umweltschutz, Tierschutz, Denkmalschutz. Stillgelegte Hochöfen, selbst plumpe Kühltürme müssen bewahrt werden, koste es was es wolle.“

Was dann folgt ist so etwas wie die Fibel des allseligmachenden Produktivismus: „Keine höheren Löhne ohne Handel“, „Neue Produkte, mehr Kaufkraft“, „Europa begann als Markt“ - Titel der im Heft aneinandergereihten Artikel. Immerhin gibt Robert Goebbels eingangs zu, nicht „immer die richtige Antwort“ parat zu haben und er versteht seine Schrift als Anstoß zu kontroversen Debatten, die das „Salz der öffentlichen Meinungsbildung“ seien. Er wolle lediglich dazu beitragen, dem grauen Konsens, der in Luxemburg herrsche, den Garaus zu machen. Vordergründig hat er jene Kollegen im Visier, die „ohne offensichtliche eigene Meinung“ sind. Doch in Wahrheit rechnet er mit der linken und grünen politischen Konkurrenz ab. Die mag, sofern im Parlament vertreten, vielleicht nicht mehr so bissig sein wie zu Gründerzeiten, doch ihr in den von Goebbels aufgelisteten Themenbereichen (Klimawandel, Gentechnologie, Straßenbau, Umweltschutz) Meinungslosigkeit vorzuwerfen, macht deutlich, dass es mit der politischen Ehrlichkeit des ehemaligen Ministers nicht weit her ist.

Einige der Vorwürfe an den politischen (Angst)-Gegner: „Kioto, eine

Fehlkonstruktion“, „Auch in Bio sind Gene“, „Ohne weitere Straßen geht nichts“ - hinter diesen Titeln verbirgt sich alter Wein in noch älteren Schläuchen. Dass der CO₂-Ablasshandel einen faulen Kompromiss darstellt, ist nicht den Umweltschützern anzukreiden, sondern den Verweigerern von damals. Dass zehn Jahre später der Klimawandel in aller Munde ist, ist auch weniger auf den „faden Einheitsbrei“ in der öffentlichen Debatte zurückzuführen, als auf die (zu späte) Einsicht der Politikklasse, die sich lange einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Wachstumsmodell der Nachkriegszeit versperre.

Am Ende wird aber auch der ehemalige Wachstumseinpeitscher nachdenklich und fordert einen „Umweltschutz mit Vernunft“ - freilich unter Ausschaltung einiger „Schreibtischtäter“ in der Verwaltung, „die überall Biotope wittern“ und eine „inquisitorische Vorgehensweise“ an den Tag legen. Goebbels' Fazit: „Die Politik soll die Oberhoheit in Sachen vernünftigem Umweltschutzes zurückgewinnen.“ Dieser sei vereinbar mit urbaner und wirtschaftlicher Weiterentwicklung. Das freilich würden Meco, Grüne und der amtierende Umweltminister nicht anders sagen - also doch Einheitsbrei?

Politisch unkorrekt, Robert Goebbels, Les cahiers socialistes européens Nr. 19, www.eurosocialistes.lu